

Laudatio für Ulrich Chaussy und Werner Dietrich

anlässlich der Verleihung des Krenkl-Preises „Wea ko, dea ko“

**am Freitag, 9. Oktober 2015, 19 Uhr im Augustiner Schützengarten,
Zielstattstraße 6**

von Heribert Prantl

Ich habe mir überlegt, ob nicht vielleicht im nächsten Jahr der Krenkl-Preis an Angela Merkel verliehen werden muss. „Wea ko, dea ko“ – das klingt nämlich fast so wie „Wir schaffen das“ – wir schaffen das, weil wir das können.

Fran Xaver Krenkl hat, erfolgreicher Pferdehändler und Rennstallbesitzer im München des frühen 19. Jahrhunderts, hat bekanntlich mit seiner Kutsche im Englischen Garten die Kutsche des Kronprinzen Ludwig verbotswidrig überholt und ihm dabei zugerufen: „Majestät, wea ko dea ko!“ So ein Zuruf wollen manche in der SPD auch von der Kanzlerin gehört haben. Aber nun wollen wir den Vergleich nicht zu weit treiben – denn wenn die Kanzlerin der Krenkl ist, dann wäre die SPD der Kronprinz und der Kronprinz ist später König geworden ...

Und die Frage ist, ob die Kanzlerin das, was sie ankündigt, wirklich schafft, weil es nicht reicht, auszurufen, dass man das schafft; man muß auch etwas dafür tun. Und die Tat besteht noch nicht in einem Auftritt in der Talkshow von Frau Will. Die Tat, die Großtat, bestünde in einer

gewaltigen konzertierten Aktion, in einem Aktionsplan, in einem bewußten und gewollten Zusammenwirken der Landesregierungen und der Bundesregierung, der Verwaltungen aller Ebenen, der Wirtschaftskonzerne und der Industrieverbände, der Mittelständler und der Handwerkskammern, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Netzwerke der Zivilgesellschaft. Die alle müßten sagen: Wer ko der ko, wir schaffen das. Es wäre schön, es wäre wunderbar, wenn es so wäre. Aber das ist noch längst nicht gewiss – und deshalb rede ich jetzt nicht als Laudator der potentiell nächsten Preisträgerin, sondern als Laudator von Ulrich Chaussy und Werner Dietrich.

Die beiden Preisträger haben nämlich schon gezeigt, was sie können – sie haben die falschen Sicherheiten über das Oktoberfestattentat von 1980 weggeräumt. Sie haben ein gerichtliches Wiederaufnahmeverfahren erreicht, sie haben erzwungen. Die Opfer dieses braunen Attentats haben Anspruch auf Ermittlungen, solange Mittäter und Helfer noch gefunden werden können. Diesen Anspruch haben Ulrich Chaussy und Werner Dietrich durchgesetzt – in zäher, in unermüdlicher, in akribischer und nachhaltiger Arbeit. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich haben sich um den Rechtsstaat verdient gemacht. Sie waren und sind Aufklärer. Sie haben den Staat befreit aus einer von ihm selbst herbeigeführten Unmündigkeit. Wer ko der ko. Leider gibt es nicht viele, die das können.

Ich will meine Rede nun erst einmal nicht mit dem Oktoberfestattentat von 1980 beginnen. Ich rede zunächst von anderen Attentaten, ich rede von der Terrorbande NSU. Die Aufdeckung der zehn Neonazi-Morde, die der NSA verbrochen hat, ist drei Jahre her. Erstaunlich schnell sind Politik und Sicherheitsbehörden wieder zum Alltag übergegangen. Das Entsetzen über die Verbrechen der NSU hat sich gelegt. Die Aufregung ist abgeflaut, der Ruf nach Konsequenzen nur noch leise. Der Bundesinnenminister hat ein paar Spitzenbeamte ausgewechselt, das war es dann. Manchmal hört man makabre Nachrichten aus den Untersuchungsausschüssen über das

unsägliche Versagen der Sicherheitsbehörden; deren Vertreter reden das dann schön. Manchmal gibt es kleine öffentliche Aufwallungen, wenn bekannt wird, dass einschlägige Akten vom Verfassungsschutz vernichtet wurden. Und manchmal erinnert man sich dann an die Erregung, die das ganze Gemeinwesen zurzeit der RAF-Morde erfasste, und man wundert sich über die allgemeine Gelassenheit von heute.

Der alltägliche gewalttätige Rassismus in Deutschland ist kein großes Thema geworden. Die Bürger, die sich Neonazis entgegenstellen, erhalten nach wie vor wenig Hilfe. Wenn Neonazis couragierten Leuten zur Einschüchterung das Auto demolieren, wird das von der Polizei wie eine ganz normale Sachbeschädigung behandelt. Die Morde der NSU haben keine neue Sensibilität der Behörden ausgelöst. Es gibt keine Anweisungen, gegen braune Gewalt mit aller Energie vorzugehen. Es gibt keine neuen Prioritäten in der Politik der inneren Sicherheit. Es gibt keine Indizien für neue Verve, neue Tatkraft, neue Courage im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Man tut so, als seien die NSU-Morde das eine – und die alltäglichen Gewalttätigkeiten gegen Ausländer etwas ganz anderes. Es ist fast so wie damals, nach dem Oktoberfest-Attentat von 1980.

Aber spätestens seit der Aufdeckung der zehn Neonazi-Morde und seit den Erkenntnissen über das braune verbrecherische Netzwerk – seitdem ist klar, dass ein berühmter Satz von Berthold Brecht nicht nur Bedeutung hat für den Deutschunterricht an Gymnasien. Seit fünfzig Jahren kennen die Deutschen diesen Satz: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Er steht im Epilog des Theaterstücks „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, das die Hitlerei und den Nazismus in die Welt des Gangstertums transferiert. Es ist dies, so hat sich grausam gezeigt, ein Satz von kriminalistischer Wahrheit. Ralph Giordano hat seinerzeit auf der Jahrestagung des Bundeskriminalamts festgestellt, die Bundesrepublik sei bei der Aufdeckung der NSU-Verbrechen „aus allen Wolken ihrer Ahnungslosigkeit gefallen“. Und er fügte fragend hinzu, was gewesen wäre, wenn die von den Neonazis Ermordeten nicht kleine Leute mit

Migrationshintergrund gewesen wären, sondern stattdessen hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kirche oder Wissenschaft wie damals, in den Mordzeiten der RAF? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Mord und Mord und Mord und Mord. Es ist unbegreiflich und unendlich verstörend: Jahrelang konnte eine rassistische Terrorbande durch Deutschland ziehen und Einwanderer exekutieren. Sie konnte Anschläge planen, Bomben bauen und werfen. Sie konnte all das auch deswegen tun, weil Polizei, Staatsschutz und Staatsanwaltschaft rassistische Motive und braune kriminelle Strukturen überwiegend ausgeschlossen haben. Die Verbrechen wurden als Terrorakte nicht erkannt; es hieß, es handele sich um Einzeltaten von Einzeltätern, sie seien nicht zusammengehörig, angeblich nicht politisch motiviert.

Einzeltaten von Einzeltätern. Diese Fehlbeurteilung erinnert an das Verbrechen, das unsere Preisträger seit Jahrzehnten beschäftigt. Schon 1980, also lang vor der deutschen Einheit, kamen bei Anschlägen neonazistischer Gruppen 17 Menschen ums Leben. Im August 1980 starben in Hamburger Ausländerlager zwei vietnamesische Flüchtlinge nach einem rechtsextremistischen Attentat. Im September 1980 folgte das Bombenattentat des Rechtsextremisten Köhler auf dem Münchner Oktoberfest – 13 Tote, 211 Verletzte. Ein Einzeltäter war er, hieß es damals, dieser Gundolf Köhler. Und von dieser obsessiven Sicht ließ sich der Staat nicht abbringen. Diese irre Sicht prägte den Blick auf den Rechtsextremismus – jahrzehntelang. Politik und Justiz waren fixiert auf die RAF und uninteressiert am Vorgehen gegen den Terrorismus von Rechts.

Zu lange glaubte die Polizei, sie habe es bei den Braunen nur mit irregeleiteten Dummköpfen zu tun. Linksextreme galten als gefährlich. Rechtsextremisten tat man mit einer Handbewegung ab. Umtriebe von rechts wurden als Kinderei und Blödheit entschuldigt – solange, bis diese

Blödheit über Deutschland verbrecherisch zusammenschlug, bei den mörderischen Anschlägen auf Ausländer, für die die Namen Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln und Solingen stehen. Diese Verbrechen haben Wurzeln, eine große Wurzel steckt in der Münchner Theresienwiese. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich haben diese Wurzel ausgegraben.

Die Historiker Etienne Françoise und Hagen Schulze sind die Herausgeber eines beliebtes dreibändiges Werk herausgegeben, das „Deutschlands Erinnerungsorte“ heißt. Man findet darin die Paulskirche und den Reichstag, die Wartburg und das Bauhaus, das Bürgerliche Gesetzbuch und den Volkswagen, den Schrebergarten, den Führerbunker und Neuschwanstein. Rostock-Lichtenhagen findet man darin nicht; die Münchner Theresienwiese auch nicht .

Rostock-Lichtenhagen und die Münchner Theresienwiese sind Erinnerungsorte besonderer Art, weil sie nicht nur für Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart stehen. Der Ort erinnern an ein anhaltendes Versagen deutscher Sicherheitsbehörden, deutscher Gerichte und deutscher Politik.

Rostock-Lichtenhagen steht zum einen für die schwersten rassistischen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegszeit – als fünf Nächte lang Hunderte Neonazis vor einem Ausländerheim randalierte, ohne dass die Polizei eingriff; im Gegenteil, als das Haus angezündet wurde, zog die Polizei ab, unter dem Beifall der begeisterten Zuschauermenge. Rostock-Lichtenhagen steht daher zweitens auch für eine Politik des Wegschauens und Wegduckens, für eine Politik, die Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass nicht ernst nimmt. Rostock-Lichtenhagen war und ist drittens ein Exempel dafür, wohin es führt, wenn demokratische Parteien das Vokabular und die Themen der Rechtsextremisten übernehmen, um

ihnen angeblich so das Wasser abzugraben. Ist es nur Zufall, dass die NSU-Rechtsextremisten von Zwickau in einem solchen Klima zu Rassisten und Mördern heranwuchsen?

Und die Theresienwiese in München steht für erschütternde Fehlsichtigkeit der deutschen Politik und der deutschen Sicherheitsbehörden. Der Staat stand sich bei der Aufklärung des schlimmsten Terroranschlags der Nachkriegsgeschichte selbst im Weg. Bei den Ermittlungen damals wurde den Zeugen das Wort im Mund umgedreht, wichtige Aussagen wurden nicht verwendet, Zeugen nach Hause geschickt. Alles, was die Einzeltäter-Theorie gefährdete, war tabu. Es war ein Fiasko.

Und es wäre immer noch ein Fiasko, wenn da nicht Ulrich Chaussy und Werner Dietrich wären. Ulrich Chaussy, Journalist und Autor. Werner Dietrich, Rechtsanwalt und Vertreter der Attentats-Opfer. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich. Es gab Zeiten, da wurden die beiden für Staatsfeinde gehalten, weil sie nach rechtsradikalen Hintermännern des Anschlags forschten, weil sie sich die Einzeltäter-Theorie nicht aufbinden liessen. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich. Jahrelang wurden die beiden von den staatlichen Stellen als Querulanten und Verschwörungstheoretiker hingestellt, als verbohnte Spinner. Man darf, nicht nur am heutigen Abend, fragen: Wer hat eigentlich „gesponnen“?

Ulrich Chaussy, der in Karlsruhe geborene Münchner gewiss nicht. Werner Dietrich, der in Hamburg geborene Münchner, der in der Hansestadt, und unter Herbert Wehner seine ersten politischen Erfahrungen gemacht hat, auch nicht. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich, der Journalist und der Anwalt. Diese beiden Männer haben das Gespinnst der Ermittlungslügen zerrissen. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich: Beide sind, jeder auf seine Weise, hartnäckige Wahrheitssucher. Beide haben, ihre Mittel genutzt für diese Wahrheitssuche: Ulrich Chaussy hat die Mittel des Journalismus virtuos genutzt. Werner Dietrich hat die Mittel der Juristerei virtuos genutzt.

Ulrich Chaussy hat geschrieben und gesendet – er tut es seit über dreißig Jahren. 1985, in seinem Buch „Oktoberfest. Ein Attentat“ hat er sich kritisch mit der Alleintätertheorie der Ermittlungsbehörden auseinandergesetzt und den terroristischen Hintergrund des blutigsten Terroanschlags in der Geschichte der Bundesrepublik geschildert, über den er seither eine Vielzahl von Texten verfasst hat, zuletzt gemeinsam mit Daniell Harrich das Drehbuch zum dem Spielfilm „Der blinde Fleck“. Zum Kinostart des Films im Januar 2014 legte Chaussy die Fortschreibung seiner Recherchen wiederum als Buch vor, diesmal mit dem Untertitel „Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“. Es ist dies ein Werk von großer Eindringlichkeit.

Geleise bestehen ja aus zwei Schienen. Die eine Schiene ist die Arbeit von Ulrich Chaussy, die andere Schiene ist die Arbeit von Werner Dietrich. Schon in den Jahren 1983 und 1984 hatte er die ersten Wiederaufnahmeanträge beim Generalbundesanwalt eingereicht. Vergeblich. 1997/98 versuchte er es erneut. Wieder vergeblich. Und dann – der juristische Triumph beim dritten Anlauf. Man muß wissen, wie unendlich schwer Wiederaufnahmeanträge durchzusetzen sind, um diesen Erfolg zu würdigen. Ich weiß nicht, welche Bilder im Rechtsanwaltsbüro von Werner Dietrich hängen. Ich würde vermuten, ein gerahmter Spruch des Literaturnobelpreisträgers Samuel Beckett: „Immer versucht. Immer gescheitert. Einerlei. Wieder versuchen. Wieder scheitern. Besser scheitern.“ Werner Dietrich hat sich durchgesetzt.

Gewiss: Ein Strafverfahren ist kein zeitgeschichtliches Forschungsprojekt. Man kann also heute nicht ein Ermittlungsverfahren neu einleiten oder ein altes wieder aufnehmen, um festzustellen, was es etwa mit Kaspar Hauser auf sich hatte oder wer den Märchenkönig Ludwig ermordet hat- und zwar auch dann nicht, wenn es darüber neue Erkenntnisse gibt. Wenn es also allein darum geht, die historische Wahrheit herauszufinden, wenn es also keinerlei Chancen mehr gibt, noch lebende Straftäter zu finden, ihre

Schuld festzustellen und sie zu verurteilen – dann ist Strafrecht, dann sind Staatsanwälte fehl am Platz.

Der Fall des Oktoberfest-Attentats ist aber völlig anders. Dieser Bombenanschlag ist nicht 135, sondern 35 Jahre her. Das ist eine lange Zeit, aber keine, nach der ein Strafverfahren per se sinnlos wäre; das weiß man von den Verfahren gegen ehemalige KZ-Schergen; deren Taten liegen über siebenzig Jahre zurück. Beim Oktoberfest-Attentat geht es um Mord; Mord verjährt nicht. Und diese Oktoberfest-Morde werden immer wieder neu aufgefrischt, weil das Fest immer wieder stattfindet, immer zur gleichen Zeit, immer am gleichen Ort. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich haben die Bundesanwaltschaft gezwungen, den begründeten Zweifeln an der Einzeltäter-Theorie nachzugehen. Das war, das ist im Interesse der Opfer, im Interesse ihrer Angehörigen, im Interesse der Öffentlichkeit, des Rechtsstaat und einer aufgeklärten Demokratie.

Unsere Preisträger sind Widerständler. Beim Wort Widerstand denken viele an Aufruhr, Umsturz oder Tyrannenmord. Der Widerstand in der Demokratie ist etwas anderes. Er hat wenig mit Revolution, aber viel mit Evolution zu tun. Er verlangt Geduld, aber nicht Schafsgeduld, sondern eine geduldige Ungeduld. Der Widerstand in der Demokratie hat nichts mit Gewalt zu tun. Mein akademischer Lehrer, der Rechtsgelehrte Arthur Kaufmann hat das 1986 so formuliert: "Der Widerstand gelangt nie ans Ziel, sowenig der Seemann je den Horizont erreicht. Aber er ist die bewegende Kraft, deren das Recht und der Rechtsstaat zu ihrer fortwährenden Erneuerung und damit zur Verhinderung ihrer Entartung bedürfen." Dieser Widerstand ist eine Geisteshaltung. Wenn es solchen Widerstand gibt, dann gelingt der Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit nicht, dann bleibt das Gewissen der Menschen wach.

Widerstand muss nicht gleich alle Dimensionen der bürgerlichen Existenz sprengen, er kann im alltäglichen Widerspruch liegen, im Widerstehen, im Sich-Entgegenstellen. Man wird entgegenhalten, das sei nicht Widerstand, sondern Ausübung von Rechten: des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Demonstration, auf freie Rede, auf Glaubens- und

Gewissensfreiheit, auf Kritik und Opposition. Das sei erlaubtes, ja gebotenes, selbstverständliches Handeln im Rahmen der bestehenden Ordnung – aber nicht Widerstand. Wer so argumentiert, der gibt dem Widerstandsrecht seinen Platz ausschließlich im Unrechtsstaat und behauptet, wer es aus diesem Bezug herauslöse trüge zur Verharmlosung und Entwertung des Widerstandsrechts bei, der schlage es zu kleiner Münze. Dies ist ein berechtigter Einwand. Man würde ihn gern gelten lassen, wenn denn die Wahrnehmung dieser Rechte, wenn Zivilcourage und Bürgermut Selbstverständlichkeiten wären – und also nicht als Widerstand empfunden würden. Aber so ist es nicht. Ohne die "kleine Münze" funktioniert die Demokratie nicht gut.

Heute heißt dieser Widerstand Widerspruch, Zivilcourage, aufrechter Gang. Er besteht im Misstrauen gegen die Mächtigen, im Mut zu offener Kritik, in der Demaskierung von Übelständen, im Widerspruch auch und gerade dann, wenn man sich damit Sympathien verscherzt. Widerstand kann Wiederaufnahmeantrag heißen wie bei Werner Dietrich.. Widerstand kann es sein, bei einem Thema zu bleiben, zuverlässig, unbeirrt – wie es Ulrich Chaussy getan hat. Solcher Widerstand ist nicht ultima ratio, sondern prima ratio. Solcher Widerstand ist die Ratio der Demokratie, ihr Lebensnerv.

Arthur Kaufmann hat einmal davon gesprochen, dass dieser "kleine" Widerstand beständig geleistet werden muss, damit der große Widerstand entbehrlich bleibt", damit es also nicht wieder ein Jahr 1933 gibt.

Das gilt für den Widerstand von Ulrich Chaussy und Werner Dietrich. Für diesen Widerstand danken wir ihnen. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich lehren uns: Die Formeln, die man zur Beschwichtigung und Tarnung der eigenen Bequemlichkeit so oft gebraucht – sie stimmen nicht. Es stimmt nicht, dass man „alleine ohnehin nichts bewirken“ kann. Es stimmt nicht, dass heutzutage alles so komplex und so unübersichtlich sei, dass man als Einzelner nichts machen kann. Es stimmt aber, dass man einen langen Atem braucht. Ulrich Chaussy und Werner Dietrich haben ihn.

So – und nun zum Schluss ein Märchen, mein Lieblingsmärchen, ein Märchen der Brüder Grimm, ein Märchen für uns alle. Es ist, wie Märchen es oft sind, sehr drastisch; es handelt davon, wie es vermeintlich Schwache miteinander schaffen, sich erfolgreich gegen eine Gefahr zu verteidigen. Es ist ein ziemlich unbekanntes Märchen der Brüder Grimm. Die Gefahr, gegen die sie sich verteidigen, wird verkörpert durch einen Herrn Korbes. Mit gefällt dieses Märchen bis kurz vor dem Schluss, den Schluss werden wir dann gemeinsam umschreiben.

„Da taten sich also Hähnchen und Hühnchen, der Mühlstein, ein Ei, eine Ente, eine Stecknadel und eine Nähnaedel zusammen: Wie sie zu dem Herrn Korbes seinem Haus kamen, war der Herr Korbes nicht da. Die Mäuschen fuhren den Wagen in die Remise, das Hähnchen flog mit dem Hühnchen auf eine Stange, die Katze setzte sich in den Kamin, die Ente in die Bornstande, die Stecknadel setzte sich auf ein Stuhlkissen, die Nähnaedel ins Kopfkissen im Bett, der Mühlstein legte sich über die Türe und das Ei wickelte sich in ein Handtuch. Da kam der Herr Korbes nach Hause, ging an den Kamin und wollte Feuer anmachen. Da warf ihm die Katze Asche ins Gesicht. Er ging geschwind in die Küche und wollte sich abwaschen. Wie er an die Bornstande kam, spritzte ihm die Ente Wasser ins Gesicht. Als er sich abtrocknen wollte, rollte ihm das Ei aus dem Handtuch entgegen, ging entzwei und klebte ihm die Augen zu. Er wollte sich ruhen und setzte sich auf den Stuhl, da stach ihn die Stecknadel. Darüber wurde er ganz verdrießlich und ging ins Bett. Und wie er den Kopf aufs Kissen legte, da stach ihn die Nähnaedel. Da war es so böse und toll, dass er zum Haus hinauslaufen wollte. Wie er aber an die Tür kam, sprang der Mühlstein herunter und schlug ihn tot.“

Jetzt schauen Sie mich verwundert an. Was soll solche Gewalt in einer Laudatio, in der es um den Rechtsstaat geht? Ein so gewaltsames Ende darf freilich auch nur ein Märchen finden. In der Wirklichkeit hat man bei allem Elan, das Böse zu besiegen, sich davor zu hüten, über das Ziel

hinauszuschießen. Meine Fabel darf deshalb nicht als Aufruf zur Gewalt für einen guten Zweck missverstanden werden. Mit geht es in diesem Märchen um den Wert der gemeinsamen Aktion. Der Herr Korbes - er ist die Verkörperung der Gefahren, die einer demokratischen Gesellschaft drohen. Und die Geschichte zeigt, wie man sich dagegen wehrt, was solidarische Aktion vermag.

Schreiben wir deshalb das Ende des Grimmschen Märchens um: Der Herr Korbes, Symbol für die Gefahren, die einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft drohen, er soll nicht erschlagen, sondern verjagt werden aus dem Haus der Demokratie - vertreiben wir daraus die Missachtung der Schwachen, die Missachtung des Rechts, die Entsolidarisierung und das angebliche Recht des Stärkeren, vertreiben wir die soziale Ungerechtigkeit. Aber wer ist mit seinen Möglichkeiten eher die Stecknadel, eher das Ei oder die Ente? Die eigene Rolle und die eigene Aufgabe zu finden, damit fangen der aufrechte Gang, damit fängt die gemeinsame Aktion, damit fängt die Zivilgesellschaft an.

Ulrich Chaussy und Werner Dietrich haben ihre Rolle gefunden. Dazu meinen herzlichen Glückwunsch.

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik.